

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Oberbürgermeister Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHÄUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

5. Jahrgang, Nummer 1

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Januar 1957

INHALT

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------|------|
| SCHLUSS MIT DER ILLUSIONSPOLITIK! von Gerhard Schröder | S. 1 |
| DER EVANGELISCHE CHRIST UND DIE WELTLAGE von Kai-Uwe v. Hassel | S. 2 |
| FRAGEN AN DIE SPD von Karl Arnold | S. 5 |
| MOSKAUER PATRIARCHAT FORDERT KIRCHLICHE ERNUCHTERUNG | S. 6 |
| CHRIST UND WAFFENTRÄGER | S. 8 |
| EINE SCHRIFT, DIE WIR EMPFEHLEN | S. 8 |

SCHLUSS MIT DER ILLUSIONSPOLITIK!

von Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister des Innern

Die Illusionen über die friedlichen Absichten des Kremls wurden im vergangenen Jahre grausam zerstört, schneller als erwartet und schrecklicher als befürchtet. Niemand kann sich jedoch dabei beruhigen, recht gehabt zu haben. Auch spricht es nicht für die politische Urteilsfähigkeit und das Verantwortungsgefühl mancher Gegner der Regierungspolitik, daß nicht einmal das sowjetische Massaker in Ungarn sie aus ihren Träumen zu reißen vermochte. Sich aus unserer Lage in eine Scheinwelt zu flüchten, wäre nicht ein neuer außenpolitischer Weg, sondern eine innenpolitische Gefahr.

Ernüchert und von den eigenen Versäumnissen und Fehlern der letzten Jahre beunruhigt, besinnt sich die freie Welt erneut auf ihre Gemeinsamkeit und rückt zusammen, um den Drohungen wirksam begegnen zu

können. Besonnenheit und Maß sind die Forderung der Stunde an uns alle. Währenddessen wollen uns jedoch manche immer noch zu einem hoffnungslosen Alleingang bewegen; sie empfehlen uns, unsere Bündnisse aufzugeben, so, als ob kurzsichtige nationalistische Gesinnung und Politik uns nicht oft genug mit unseren Nachbarn entzweit hätten. Während wir politische Stärke, im Innern eine handlungsfähige Regierung und draußen zuverlässige Freunde nötig haben, sollen wir uns von einer aus Wahltaktik und Ressentiments gespeisten Illusionspolitik erneut verwirren lassen. Die doktrinaire Unduldsamkeit, die Opposition um der Opposition willen, erwartet für die eigene Blindheit im vergangenen Jahr anscheinend noch den Beifall derjenigen, die sich nicht in diese verderbliche Gesinnung haben hineinreden lassen.

Mit dem Blick auf die Wahlurnen haben die Gegner der Regierungspolitik das Augenmaß für die harten Tatsachen in unserer Welt verloren. Einer solchen Opposition kann in einer Zeit schwerster Belastungen die Verantwortung für die zukünftige Politik nicht anvertraut werden. Die Popularitätshascherei, von der sie sich insbesondere in der Wehrpolitik zu unser aller Schaden hat bestimmen lassen, endet in einer Sackgasse. Wird die Opposition nun in diesem Jahr den Mut zu einer Umkehr aufbringen? Das ist die entscheidende Frage der deutschen Innenpolitik. Oder wird man uns weiterhin die eigenen Illusionen zur Nachahmung empfehlen?

Wer Frieden und Freiheit will, muß sie auch verteidigen wollen. Wer wirtschaftliche Stabilität will, darf keine leichtsinnigen Experimente machen. Wer soziale Sicherheit will, erreicht das Gegenteil, wenn er einen totalen Wohlfahrtsstaat errichtet. Wer eine

handlungsfähige Regierung will, muß auch den Mut zu unpopulären Wahrheiten haben. Und wer heute Verantwortung tragen will, sollte die Welt nicht aus dem antiquierten marxistischen Lehrgebäude vergangener Zeiten begreifen wollen.

Im Jahre 1956 wurde erhärtet, daß, wer mit den Sowjets verhandelt und verhandeln will, sich nicht auf Experimente einlassen darf. Es wurde klar, daß eine unpopuläre Innen- und Wehrpolitik nicht deswegen falsch ist, weil sie unpopulär ist. Die Verwirrung der Geister, so möchte man hoffen, könnte ein Ende finden. Soziale Sicherheit und Wehrpolitik sind keine Gegensätze, wie uns dieser oder jener Demagoge glauben machen wollte; sie sind vielmehr von gleichem Gewicht. Wir werden diesen Weg fortsetzen. Die deutsche Politik braucht mehr denn je Stetigkeit, Beharrlichkeit und Nüchternheit.

DER EVANGELISCHE CHRIST UND DIE WELTLAGE

von Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel

Aus einem ebenso grundlegenden wie umfassenden Referat des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Kai-Uwe v. Hassel, auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Rheinlandes am 15. Dezember in Düsseldorf geben wir hier einige Abschnitte wieder. Von dem ungekürzten Wortlaut seiner Ausführungen wird ein Sonderdruck vorbereitet, der bei uns angefordert werden kann.

Die Red.

Als evangelische Christen innerhalb der Christlich-Demokratischen Union sollten wir uns vor der Auffassung hüten, daß jede Frage eine spezifisch evangelische Antwort finden könne oder eine solche auch nur gesucht werden müsse. Es wäre sogar unevangelisch und unlutherisch, nur um des Abrückens von seinem Nachbar willen eine neue Formulierung zu suchen, und auf nichts so bedacht zu sein als darauf, sich zu unterscheiden, sich möglichst von allen anderen zu unterscheiden. Abweichende Meinungen haben wir offen und ehrlich zu vertreten, wenn uns das Gewissen dazu zwingt. Wir haben aber nicht um einer gewollten Unterscheidung willen das Gewissen selbst zu zwingen und es damit nur sekundär zu unserem Willensträger zu machen. Nichts sollte uns ferner liegen und unsinniger erscheinen als eine Art von protestantischem Lobbyismus.

Auf der anderen Seite stelle ich die Frage: Ist uns durch irgendein christliches oder moralisches Gesetz etwa aufgegeben, politische Thesen allein schon deshalb zu tolerieren und kritiklos hinzunehmen, weil sie von einem evangelischen Christen, von einem Glaubensgenossen also, herrühren? Wir haben einiges erlebt, was diese allgemein gestellte Frage in das Licht der Gegenwart, der Aktualität rückt. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß in mir gelegentlich selbst dann ein leidenschaftlicher Protest wachgerufen wird, wenn gewisse politische Thesen von einem evangelischen Kirchenführer oder einem herausragenden Laien vertreten werden; und ich denke gar nicht daran, mich dann in ein gehorsames Schweigen zurückzuziehen. Freilich habe ich das gleiche Recht der Kritik auch dem anderen zuzubilligen.

Es ist also sicher etwas Problematisches um diese evangelische Sicht, aus der heraus ich über die weltpolitische Lage zu Ihnen zu sprechen habe. Wir werden aber sehr sorgfältig prüfen müssen, ob und wo uns christlich-evangelischer Glaube eine bestimmte Haltung auferlegt. Sie braucht nicht einheitlich zu sein, aber sie muß in jedem einzelnen unter uns festen Bestand

haben vor Gott als dem Herrn des Gewissens. Religiöse und staatliche Pflichten eines Christen stehen sich in einer permanenten Spannung gegenüber. Sie wird deutlich einerseits durch die Worte des Römerbriefes, daß jedermann Untertan der Obrigkeit sein solle, die Gewalt über ihn habe, und andererseits durch den lapidaren Satz der Apostelgeschichte, daß man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen. Sind solche Gesetze unvereinbar, kann sich der eine ausschließlich diese, der andere ausschließlich jene These aneignen, als ob das vom Glauben her seinem Belieben freigestellt sei? Nun, dieser scheinbare Widerspruch ist ja von Martin Luther ganz bewußt gesehen und, wie ich meine, gelöst worden, wenn auch in einer etwas anderen Fragestellung. Er stellte die beiden wahrhaft protestantischen Kernsätze einander gegenüber, von denen keiner denkbar ist ohne den anderen: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan“ und: „Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan“. Luther hat immer dazu aufgerufen, echte christliche Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren, in der Berufsarbeit des Alltages, in der Treue zur Obrigkeit und in der unzertrennbaren Verbundenheit mit dem eigenen Volk. Für ihn waren Dienstbarkeit und Untertänigkeit des Christen gemeinsame Früchte der in ihm wirkenden Liebe, die er als das beweiskräftige Zeichen persönlicher Glaubensfreiheit verstand. Ich glaube, wir sollten uns auch in der Gegenwart mehr an diesen Martin Luther erinnern, der gehorsamer Untertan der Obrigkeit war und dennoch Acht und Bann nicht scheute, wenn er Gott mehr gehorchen mußte als den Menschen . . .

*

Das Thema Wiedervereinigung ist heute wie seit 11 Jahren in aller Munde und ich glaube, man kann die Sorge um diese Frage nicht besser formulieren als mit den Worten, die ein anderer, kein Deutscher, gefunden hat, ein Mann der in Deutschland studierte und der heute im südasiatischen Raum Staatspräsident ist. Vor

einigen Monaten hat der Staatspräsident Soekarno in der Universität zu Heidelberg eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte:

„Unsere Wirtschaft ist unterentwickelt — und das ist wahr —, das Potential unseres Volkes ist wirtschaftlich nicht ausgenutzt — das ist wahr —, aber eine Nation lebt nicht aus ihrer Wirtschaft, ein Staat lebt aus der Quelle seiner moralischen Werte und seiner geistigen Substanz.“ Und er sagte weiter: „Meine deutschen Freunde, seit langem kennen wir Deutschland als eine nationale Einheit, und diese Idee Ihrer großen nationalen Einheit hat mein Land Indonesien befruchtet. Eine Nation ist ein Organismus und ein Organismus ist unteilbar. Das Leben einer geteilten Nation ist ein kümmerliches Leben, wir selber wissen das. Das ausgeprägte Charakteristikum einer Nation ist der Wille des Volkes zur Einheit. Wenn dieser Wille durch überwältigende Macht erdrückt wird, dann ist der nationale Organismus in tödlicher Gefahr. Wir erreichten unsere Wiedervereinigung weitgehend, weil unsere Nation einmütig und entschlossen dieses Ziel verfolgte. Nichts ist stärker als eine wirklich geeinte Nation und nichts ist schwächer, als ein geteiltes Volk“ . . .

*

Bethlehem liegt in einem der beiden Brennpunkte dieser aufrüttelnden, ja bedrohlichen Vorgänge unserer Tage. Dort und in seinem weiteren Umkreis spielt sich der Konflikt zwischen Israel einerseits, Ägypten und den anderen arabischen Staaten andererseits und Großbritannien und Frankreich zum dritten ab, und 2 000 km weiter nordwestlich davon ist in Ungarn der andere Schauplatz erschütternder Ereignisse. Wahrhaftig, das bedeutet auch und gerade für einen Christen, daß er sein Herz fest in die Hand nehmen und seinen Standort klar erkennen muß.

Ich brauche das, was in den letzten Monaten geschah, nicht noch einmal in seiner ganzen Tragik darzustellen. Ich spreche bewußt von einer Tragik, denn die zeitliche Verquickung dieser beiden Vorgänge, die ich eben nannte, war durchaus tragisch. Aber wie sie weite Kreise unseres Volkes sahen, wie sie auch zahllose Menschen anderer Nationen sahen und beurteilten, ließ m. E. doch einiges von dem klaren Blick vermissen, den wir uns durch kein Gefühl und keine voreiligen Schmähungen trüben lassen dürften.

Lassen Sie mich dieses ganz offen sagen: Als am 4., 5. und 6. November in zahlreichen Städten unserer Bundesrepublik Schweigemärsche und öffentliche Kundgebungen spontanen Ursprungs veranstaltet wurden, war es ganz gewiß, daß der Anlaß dazu mehr sein mußte, als ein neuerwachtes nationales Pathos, dessen wir uns eigentlich längst entwöhnt haben, mit gutem Grunde entwöhnt haben. Wir haben alle miteinander — der eine vielleicht mehr als der andere — politische Ereignisse nüchtern zu beurteilen gelernt. Es mußte also schon sehr viel geschehen, um unserer politischen Leidenschaft so starken Ausdruck zu geben, wie es in jenen Tagen geschah. Auch ich habe damals zu der Bevölkerung der Hauptstadt meines Landes gesprochen, denn ich meine, es gibt Schicksalsfragen der Nation, wo es nicht nur unser Recht ist zu reden, sondern auch unsere Pflicht, damit kein Irrtum darüber aufkomme, was das deutsche Volk denkt und auf welcher Seite es steht. Wir haben uns gefragt, ob der Einsatz der brutalen sowjetischen Gewalt gegen den Freiheitsaufstand der Ungarn, aber auch, ob der Konflikt im Nahen Osten sich noch in Einklang bringen lasse mit den hohen Idealen, von denen sich die Vereinten Nationen tragen ließen, als sie sich durch die Charta in San Franzisko im Sommer 1945 miteinander verbündeten. Als Aufgabe und Zweck dieser Vereinten

Nationen wurde damals einmütig festgelegt: „die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit durch kollektive Maßnahmen gegen jede Friedensbedrohung, die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten und die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes“. Die Unterzeichner dieser Charta verpflichteten sich feierlich zum ausdrücklichen Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in internationalen Beziehungen. Wenn wir diese schöne Zielsetzung vergleichen mit der Realität der jüngsten Ereignisse, dann wird uns wieder einmal bewußt, wie fragwürdig der Vertrag zwischen Mächten ist, von denen der eine Partner sich nur so lange an seine Verpflichtungen hält, als es seinen Interessen nützt, im übrigen aber auf seine militärische Stärke verweist, die Furcht der anderen einkalkuliert und nur das tut, was ihm beliebt.

Daß sich aber die Entwicklung im Nahen Osten zu einem Zeitpunkt vollzog, als sich ein seit 11 Jahren geknechtetes Volk Osteuropas in einem Freiheitsaufbruch ohne Beispiel gegen seine Unterdrücker von innen und von außen erhob, und daß so verhindert wurde, daß hier einmal die gesammelte innere Kraft aller freiheits- und friedliebenden Nationen der Welt zum moralischen und zum politischen Einsatz kommen konnte — das eben scheint mir einer der schmerzlichsten und unwiederbringlichen Augenblicke der Weltgeschichte gewesen zu sein, in denen der Glockenschlag einer neuen Zeitenstunde in diesem Weltgeschehen überhört wurde. Augenblicke verweilen nicht; sind sie ungenutzt geblieben, dann werden Regierungen und Diplomaten sie zurückzuholen sich vergeblich bemühen.

Ich muß rückblickend nicht nur das rücksichtslose Vorgehen der Sowjets in Ungarn, sondern auch die Intervention Großbritanniens und Frankreichs in Ägypten mit ernster Besorgnis betrachten. Es muß uns erlaubt sein, unsere Meinung auch unseren Freunden zu sagen, selbst dann, wenn wir einmal verurteilen. Aber was ist in der Fortführung dieser Gedanken, dieser Befürchtungen und Warnungen nicht alles in Deutschland geschehen, was ist nicht alles geschrieben und gesagt worden. Ich habe oft den Eindruck, daß wir schon wieder im Begriff sind, jenes Maßhalten zu verlieren, zu dem wir uns politisch zu erziehen doch wohl auf dem Wege waren. Und manchmal will mir scheinen, als ob einige Politiker und Publizisten auch heute noch, nachdem sich schon vieles geklärt hat, mit Blindheit geschlagen sind. Da gab es Meinungen — und sie gibt es vereinzelt noch heute —, nach denen die Konflikte in Ungarn und Ägypten schlechthin als ursächlich und in ihren Folgen gleichwertig erachtet wurden, und zwar in dem Sinne, daß England und Frankreich und Israel keine andere Verdammung verdienen als Sowjetrußland. Ich habe mich bemüht, mich in diese Gedankengänge hineinzusetzen, um zu einem gerechten Verständnis zu gelangen; aber ich komme zu keinem anderen Ergebnis als dem, daß diesen Beurteilern der politischen Lage aus einem überbetonten politischen Resentiment heraus die wirklichen Maßstäbe, die Maßstäbe der Tatsachen verloren gegangen sind. Wenn wir die sowjetische Barbarei in Ungarn und das bewaffnete Einschreiten am Suez-Kanal in einem Atemzug nennen, also einander gleichsetzen wollten, so müßten wir zu folgenden absonderlichen Folgerungen kommen: England und Frankreich hätten Ägypten versklaven wollen, wie die Sowjetunion Ungarn weiter in Sklaverei halten möchte; England und Frankreich wären mit Panzern und Bombenflugzeugen gegen Frauen und Kinder ebenso schonungslos vorgegangen, wie die Sowjetunion es in Ungarn tat; England und Frankreich

hätten Tausende von ihnen unbequemen jungen Männern deportiert, wie die Sowjetunion es mit Ungarn ungehindert tat und tut; England und Frankreich hätten niemals die Absicht gehabt, Ägypten zu räumen, wie die Sowjetunion nicht daran denkt, das angeblich souveräne Ungarn freiwillig zu verlassen; England und Frankreich hätten den UN-Beobachtern einen Besuch in dem von ihnen besetzten Raum ebenso untersagt, wie die kommunistischen Herren Ungarns dies bislang sogar dem Generalsekretär der UNO verboten haben: England und Frankreich hätten fast 150 000 Ägypter zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen, wie die Sowjets und ihre Komplizen schon fast 150 000 verzweifelte Ungarn nötigten, ihre Heimat aufzugeben; England und Frankreich hätten gar nicht daran gedacht, den Empfehlungen der Vereinten Nationen und ihres Sicherheitsrates zu folgen und die eigenen Truppen zurückzuziehen, wie die Sowjetunion sich auch nur den Gedanken an eine Intervention von UN-Streitkräften verbittet. Alle diese Parallelen sind sowohl theoretisch als auch praktisch sinnwidrig und ausgesprochen absurd. Aber es ist mit diesen Vorstellungen noch gar nichts ausgesagt über die so häufig völlig ignorierten Hintergründe, die Eden und Mollet — und die SPD vergißt sogern, in diesem Zusammenhang z. B. zu erwähnen, daß Mollet Sozialist ist — veranlaßten, in Ägypten zu intervenieren.

Der Genfer Professor Dr. Röpken hat kürzlich in einer in diesem Lande erscheinenden Wochenzeitung sehr treffend dargelegt: es sei eine unzulässige Vereinfachung, von dem Akt des Angriffes auszugehen, statt ihn als letztes Glied einer verhängnisvollen Kette von Unrecht und Versäumnis zu erkennen, und zu übersehen, daß Nasser im Begriff gestanden habe, im Bunde mit Moskau Israel zu vernichten. Schließlich habe Nasser den Kommunismus an einer der lebenswichtigsten Stellen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft die Tore geöffnet, so daß hier die freie Welt drauf und dran war, eine der Entscheidungsschlachten um die Weltherrschaft des Kommunismus zu verlieren. Die folgenden Sätze Röpkens lassen Sie mich wörtlich zitieren, um sie damit besonders zu unterstreichen:

„Wenige werden sich bei dem eigenmächtigen Vorgehen der Briten und Franzosen von dem Gefühl stärksten Unbehagens frei wissen. Aber es gehört schon ein hohes Maß von Selbstgerechtigkeit und Formalismus dazu, es in Grund und Boden zu verdammen, statt sich die Frage zu stellen, ob nicht der Westen in den Vereinten Nationen und dem damit verbundenen internationalen Rechtssystem sich ein Netz gewoben hat, in dem er, der Westen, nur sich selbst fängt, während das kommunistische Imperium verschlagen genug ist, nur alle Vorteile daraus zu ziehen. Es wird auf die Dauer unmöglich sein, daß sich die gutwilligen Unterzeichner eines Paktes treu und streng an Sitte und Regeln halten, ihnen aber kaum etwas anderes übrigbleibt, als mit Stirnrunzeln und mit Resolutionen zu reagieren, wenn der andere Partner, der Osten, gar nicht daran denkt, sich gleichermaßen unter seine vertraglichen Verpflichtungen zu stellen.“

Ich bitte Sie, mich nicht mißzuverstehen: Diese Worte bedeuten keine Kritik daran, daß die Institution der Vereinten Nationen überhaupt besteht. Ich bekenne mich voll und ganz auch heute noch zu ihr, heute gerade erst recht. Was die Vereinten Nationen und ins-

besondere ihr derzeitiger Generalsekretär Dag Hammarskjöld im Interesse des Friedens geleistet haben, wird historische Bedeutung erlangen. Aber gerade unser christliches Gewissen verbietet uns, an den drohenden Gefahren dieser Diskrepanz zwischen Idee und Wirklichkeit vorbeizusehen, damit wir nicht durch passive Leichtgläubigkeit mitschuldig an einem neuen Weltenbrand werden. Das aber würden wir, wenn wir jenen gefährlichen Friedensaposteln folgen würden, die auch in unseren Reihen, d. h. auch in den Reihen unserer evangelischen Männer und Frauen, ihr Heil im Neutralismus suchen. Im Neutralismus, sage ich, weil sie sich nur aus der Erkenntnis heraus, daß das Ringen mit dem Kommunismus ein ungeheuer schweres und zähes und auch gefahrvolles ist, dieser Aufgabe lieber entziehen — so etwa nach der These: lieber halbversklavt als frei und tot. Schon eine solche Alternative ist falsch. Sie dürfte einem evangelischen Christen eigentlich gar nicht über die Zunge kommen. Und davon abgesehen unterliegen diese Männer und Frauen offenbar noch der verhängnisvollen Vorstellung, daß das kommunistische System wenigstens noch eine halbe Freiheit zuließe —. Wir haben nicht nach den Grundsätzen der Bequemlichkeit zu handeln und nicht ohne Rücksicht auf das Ziel den Weg des geringsten Widerstandes zu suchen, sondern wir haben unser Ziel im Auge zu behalten und auch mühsame Pfade zu wandeln, wenn uns der gerade und unbeschwerliche Weg nicht dorthin führt. Ziel für einen Christmenschen aber kann kein Leben sein, daß auf die Freiheit bewußten Verzicht leistet. Das würde jeder Ordnung, die uns unser Glaube sichtbar macht, im Innersten widersprechen.

Wie aber könnte es auf die Dauer die Freiheit des einzelnen geben ohne die Freiheit des Staates, dessen Glied er ist. Wir haben diese Freiheit in diesem Jahrzehnt unter großen Mühen und Opfern errungen. Wir haben gegen harten Widerstand, gegen Unverstand, Mißgunst und Neid in fünf Jahren unsere Aufnahme in die Gemeinschaft der freien Völker erreicht. Gleichberechtigt stehen wir in ihren Reihen, von ihnen wird unsere Freiheit mitgarantiert und mitgeschützt — unter Opfern für diese, die anderen Völkern selbst. Daß wir dafür auch unseren Teil an den gemeinsamen Lasten mitzutragen haben, geht dabei vielleicht nicht allen ein: Freiheit und Sicherheit ja, sagen sie — aber ohne daß wir selbst etwas dazu tun . . .

Wir können — lassen Sie mich das zum Schluß sagen — mit der Sorge und der Angst, von denen gegenwärtig die ganze Welt beunruhigt und gequält wird, nur fertig werden, wenn wir in dieser schwankenden Zeit nicht auch schwankend gesinnt sind, wenn wir Geschichte machen, anstatt sie über uns ergehen zu lassen. Der britische Historiker Arnold J. Toynbee hat es einmal so ausgesprochen:

„Was der modernen Welt zutiefst nottut, ist eine Neugeburt des Glaubens an das Übernatürliche. Ohne ihn kann man dem Menschen kaum das gefährliche Spielzeug anvertrauen, daß seine Laboratorien ausgebrütet haben. Wenn es eines gibt, dessen ich als Historiker sicher bin, so ist es dieses: Geschichte passiert nicht einfach — sie wird durch die freien Entschlüsse von Menschen gemacht, die zu entscheiden haben, ob sie dem Morgen mit Mut oder mit Feigheit begegnen wollen.“

*Nicht das Beliebigste, sondern das Rechte tun und wagen,
nicht im Möglichen schweben, das Wirkliche tapfer ergreifen,
nicht in der Flucht der Gedanken, allein in der Tat ist die Freiheit.
Tritt aus ängstlichem Zögern heraus in den Sturm des Geschehens,
nur von Gottes Gebot und deinem Glauben getragen,
und die Freiheit wird deinen Geist jauchzend empfangen.*

DIETRICH BONHOEFFER

FRAGEN AN DIE SPD

von Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Karl Arnold

Es gibt Leute, die meinen: man brauche nur die Sozialdemokraten ans Ruder zu lassen, und schon würden die Preise sinken, die Löhne steigen, seien Wiedervereinigung und Weltfriede da, hörten Opfer und harter Alltagsauf. Ich warne vor solchen Illusionen! Jede Seifenblase platzt! Propaganda ist noch keine Politik. An die Stelle der geflüsterten Gerüchte und falschen Propagandaparolen müssen die Tatsachen treten, damit eine auf der politischen Wahrheit beruhende Meinungsbildung möglich ist.

Niemand ist hier mehr verpflichtet als die beiden großen, die deutsche Demokratie tragenden Parteien: die CDU und die SPD. Nur aus diesen Erwägungen haben wir heute an die Sozialdemokratie eine Reihe von Fragen zu stellen. Wir bitten die Sozialdemokraten: Geben Sie Klarheit in der Außenpolitik!

Unverrückbar bleiben für uns die Ziele und die Mittel unserer Außenpolitik:

- Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit;
- Vereinigung aller Staaten Europas;
- Verdammung des Angriffskrieges;
- Eingliederung in internationale Sicherheitsbündnisse.

Unsere Außenpolitik war wohlbedacht, sie hat Stein auf Stein gesetzt, hat dem deutschen Namen in der Welt wieder Ansehen gegeben und die Bundesrepublik zum Freund und Partner der freien Staaten der Welt gemacht. Allerdings hatten wir auf unserem außenpolitischen Weg einen ständigen Begleiter: das Nein der Sozialdemokraten!

- Das Nein der SPD zum Petersberg-Abkommen, das uns den Demontage-Stopp brachte (1949);
- das Nein der SPD zum Eintritt in den Europarat (1950);
- das Nein der SPD zur Montanunion (1952);
- das Nein der SPD zur Europäischen Politischen Gemeinschaft (1952);
- das Nein der SPD zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (1953);
- das Nein der SPD zur Westeuropäischen Union (1955);
- das Nein der SPD zur Saarpolitik (1955);
- das Nein der SPD zur Aufnahme in den Nordatlantikpakt (1955) usw.

Wer geglaubt hatte, die blutigen Vorgänge in Ungarn würden die deutschen Sozialdemokraten zu einer Änderung ihrer Haltung bewegen, war enttäuscht.

Was ist der SPD als Antwort auf Ungarn eingefallen? Ein neues unverständliches Nein: Die Bundesrepublik solle aus der NATO austreten, aus jenem Verteidigungsbündnis, das mehr als 50 Millionen Deutschen den Schutz der großen Macht der USA garantiert.

Die Politik der westlichen Einheit und der Wiederbewaffnung hat zwar das Blutbad in Ungarn nicht verhindert, aber sie hat es lokalisiert, eingedämmt, entschärft und damit einen entscheidenden Beitrag zum Frieden geleistet. Wer nach diesem Sieg des Friedens die Macht schwächen will, die diesen Sieg erreichte, der gibt die eigene Sicherheit und Freiheit auf. Ohne unsere Mitgliedschaft in der NATO wäre die Bundesrepublik Freiwild mit all den Gefahren, die sich daraus für Leben und Freiheit unseres Volkes ergeben würden.

Solange unser östlicher Nachbar die größte Militärmacht nach den USA ist, solange die offizielle Dok-

trin der Sowjetunion auch den Angriffskrieg für ein erlaubtes Mittel der Politik hält, solange dieser Nachbar die Zone nicht freigibt, sondern aus ihr Soldaten preßt, solange der Kalte Krieg fort dauert, solange der Kreml Koexistenz sagt und Weltherrschaft meint, solange sein Lächeln nur Tarnung ist, solange der Kreml selbst Militärpakte großen Stils pflegt und hütet — solange brauchen wir die NATO.

Die Sowjetunion hat es selbst in der Hand, die Auflösung der NATO zu bewirken, indem sie Osteuropa Freiheit gewährt, Garantien für die Sicherung des Weltfriedens gibt und sich von einem weltpolitischen Imperialismus lossagt. Noch aber sind wir nicht soweit!

Die Sozialdemokraten haben dazu aufgefordert, „Kollektive Sicherheitssysteme und eine ständige Welt-polizei der Vereinten Nationen“ zu schaffen. Das hört sich gut an. Aber: was bedeutet das?

Gibt es Sicherheit ohne Soldaten?

Gibt es Soldaten ohne Waffen?

Gibt es deutsche Sicherheit ohne deutsche Soldaten?

Gibt es eine „Weltpolizei“ ohne Polizisten?

Gibt es eine „Weltpolizei“ ohne deutsche Polizisten?

Gibt es „Kollektive Sicherheit“ ohne Militär- oder militärähnliche Pakte?

Gibt es „Kollektive Sicherheit“ ohne Soldaten?

Wir fragen insbesondere:

Was versteht die Sozialdemokratie unter „Kollektiver Sicherheit“?

Schon im Dezember 1948 hat der Vorstand der SPD davon gesprochen. Aber noch vier Jahre später, am 12. Dezember 1952, wußte die SPD nicht, wie eine solche Sicherheit im einzelnen aussehen sollte. Erich Ollenhauer erklärte damals, daß die SPD sich „selbst noch nicht im Konkreten über die Einzelheiten klar geworden“ sei. Wir bitten die Sozialdemokraten, uns und der Bevölkerung endlich zu sagen, was sie mit ihrer Forderung, Systeme „Kollektiver Sicherheit“ zu errichten, eigentlich meinen. Da diese Forderung seit 1948 erhoben wird, müßte eine klare Antwort möglich sein!

Haben die Sozialdemokraten nicht zur Kenntnis genommen, daß in Suez die „Weltpolizei“ erst einmarschieren durfte, nachdem Ägypten das erlaubt hatte? Und in Ungarn? Nicht einmal „Beobachter“ erhalten Einreiseerlaubnis. Ganz zu schweigen von dem Einmarsch der „Weltpolizei“! Nicht eine „Weltpolizei“ herrscht in Ungarn, sondern die Henker der ungarischen Freiheit! Welcher deutsche Mann und welche deutsche Frau wären wohl bereit, ihr Leben und ihr Eigentum innerstaatlich einer „Polizei“ zum Schutze anzuvertrauen, die nur eingreifen darf, wenn auch der Verbrecher es erlaubt.

Manche Sozialdemokraten meinen, die SPD hätte ein Monopol in der Frage der Wiedervereinigung. Und manche Mitbürger scheinen das bereits zu glauben und sind — ich darf es wiederholen — der Auffassung, man brauche nur sozialistisch zu wählen, und das Ziel der Wiedervereinigung sei erreicht. Eine solche Politik sät falsche Hoffnungen, Unruhe und Ungeduld, wo allein Nüchternheit, Augenmaß und Wahl des richtigen Zeitpunktes entscheidend sind. Wenn es gelungen ist, Ansatzpunkte, Voraussetzungen, Möglichkeiten für ein Gespräch über die Wiedervereinigung zu schaffen, so ist dies die Wirkung unserer Politik. Sie tut nicht den zweiten Schritt vor dem

ersten. Sie sucht Freunde und die Sicherung unserer Freiheit, bevor sie mit Moskau spricht. Wir wissen, daß dieses Gespräch nur zum rechten Zeitpunkt erfolgversprechend sein wird.

Erich Ollenhauer hat in seiner Rede in München gesagt: „Die Annahme der Pariser Verträge und der Beginn der Aufstellung deutscher Streitkräfte haben die Aussichten für eine Wiedervereinigung Deutschlands verschlechtert.“ Herr Ulbricht erklärte kürzlich, es gäbe nur einen Weg zur Wiedervereinigung: die „Revolution der westdeutschen Arbeiterklasse!“ Und ein anderer Sprecher der Sowjetzone erklärte: wenn gewisse amerikanische Kreise jetzt plötzlich ein ganz raffiniert ausgedachtes Schachergeschäft vorschlagen wollen, nämlich Wiedervereinigung gegen Austritt der Bundesregierung aus der NATO, so unterschätzen sie die Klugheit des Friedenslagers denn doch ganz beträchtlich. Die NATO ist in ihrer heutigen Verfassung ganz gewiß kein Tauschobjekt.“ So sieht es aus auf der Welt. Das sind die Realitäten.

Worauf kommt es angesichts dieser Wirklichkeit an? Es kommt darauf an, die Politik der Pankower Marionetten zu überwinden. Wie kann das geschehen? Es gibt nur einen Weg! Und der heißt:

1. Hände weg von Pankow! Kein Gespräch mit diesen Moskauhörigen; denn sie wollen nur eins: die Verewigung der Spaltung unseres Vaterlandes.
2. Mit Moskau, nicht mit Pankow, muß geklärt werden, ob und wie die Wiedervereinigung erreicht werden kann.
3. In Moskau können und werden wir allein nichts ausrichten. In Moskau wird es einen Fortschritt in der Frage der Wiedervereinigung nur geben, wenn wir mächtige Freunde und Fürsprecher haben, die die deutsche Frage im Rahmen der Weltprobleme zu lösen gewillt und imstande sind.

Unsere Politik der Wiedervereinigung entspricht dieser Erkenntnis. Weil wir die Frage der Wiedervereinigung aus eigener Kraft nicht lösen können, weil wir Freunde dafür brauchen, haben wir Freunde gesucht und gefunden. Es ist ein Auftrag von ungeheurer Geschichtlichkeit, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden. Wir stehen als Union zu diesem Auftrag. Es ist eine unglaubliche Verleumdung, unser Streben nach Wiedervereinigung herabzusetzen und zu verdächtigen. Aber wir wollen — und ich hoffe, daß uns das auch noch von unseren Gegnern nicht unterscheidet — die deutsche Einheit niemals erkaufen um den Preis, daß die Bundesrepublik mit ihren 50 Millionen Menschen — gleich Ungarn — eine sowjetische Sklavenkolonie wird. Dann wären auch die 17 Millionen Deutsche in der Zone endgültig aus der Hoffnung auf Freiheit entlassen und ganz Europa würde über kurz oder lang der sowjetischen Herrschaft preisgegeben sein. Dieser Weg ist für keinen Deutschen gangbar. Wir bitten die Sozialdemokraten weiter: Geben Sie Klarheit in der Wehrpolitik! „Die einzige Lösung des

deutschen Verteidigungsprogramms bietet eine auf Grund allgemeiner Wehrpflicht aufgestellte Armee“ — dieser Satz steht nicht im Programm der CDU. Er ist von Erich Ollenhauer, dem Ersten Vorsitzenden der SPD. Er wurde gesprochen am 17. März 1951 in Bonn. Auf dem Münchener Parteitag der SPD, also im Jahre 1956, forderte Erich Ollenhauer die Abschaffung der Wehrpflicht.

Die deutschen Sozialisten haben eine alte wehrpolitische Tradition: „Jeder Bürger ohne Ausnahme, der körperlich tauglich ist, soll von Jugend auf . . . im Marschieren und in der Handhabung der Waffen geübt werden, so daß es bei dem Erwachsenen nur einer kurzen jährlichen Übung bedarf, um aus jedem wehrfähigen Bürger einen wehrtüchtigen Krieger zu machen. Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger!“ Wir haben dieser Forderung der SPD aus dem Jahre 1881 nichts hinzuzufügen. Der alte Bebel wußte schon, was zur Demokratie gehört und was nicht.

Heute, da die SPD diesen Programmpunkt verwirklichen könnte, sagt sie wiederum nein. Doch damit nicht genug: die SPD erzeugt auch heute noch — entgegen ihrer offiziellen Politik — beim Wähler bewußt den Eindruck, als sei sie überhaupt gegen einen Wehrbeitrag, gegen Aufrüstung und deutsche Soldaten. Noch im letzten Kommunalwahlkampf ist von den Sozialisten mit dieser Methode gearbeitet worden. Was aber soll man von einer Partei — zumal wenn sie von der politischen Bedeutung ist wie die SPD — halten, die, nur um an die Macht zu kommen, den gefährlichen Weg einer fortwährenden Konzession an die Negation geht? Und das tut die SPD, obwohl ihr die Konsequenzen klar sind; denn kein anderer als Kurt Schumacher hat erklärt: „Die Ohne-mich-Parole stellt eine Begünstigung der größten Militärmacht, nämlich der Sowjetunion dar.“ Die Sozialdemokratie spricht in dieser Frage — drücken wir es vorsichtig aus — bewußt unklar. Wir wollen aber Klarheit.

Die SPD fordert „Kollektive Sicherheitssysteme“. Glaubt denn jemand, daß es so etwas gibt ohne Aufrüstung, ohne Soldaten, ohne Militärpakete? Also nennen wir doch das Kind beim Namen: Auch eine sozialistische Bundesregierung würde aufrüsten, würde Soldaten und Militärpakete haben. Nichts anderes verbirgt sich hinter dem Wort vom „Kollektiven Sicherheitssystem“. Fassen wir zusammen, so dürfte deutlich geworden sein, daß unsere bisherige Außenpolitik, daß unsere Haltung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und in der Wehrpolitik grundsätzlich richtig war und ist. Unsere Politik zeigt den einzig möglichen Weg, um zu unserem Teil einen Beitrag für unsere und Europas Sicherheit und Freiheit und für die Solidarität der freien Welt zu leisten. All unser Streben auf politischem, kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist in diese Sicherheit eingeschlossen, denn sie ist unteilbar.

(Aus einer Ansprache am 9. Januar in Essen)

MOSKAUER PATRIARCHAT FÖRDERT KIRCHLICHE ERNÜCHTERUNG

Es hat offenbar der furchtbaren Vorgänge in Ungarn bedurft, um auch diejenigen westdeutschen Theologen, die einer offensichtlichen Rußland-Schwärmerei und einer ans Unverständliche grenzenden „Orthodoxophilie“ verfallen sind, etwas nachdenklicher zu machen. Noch im vergangenen Sommer hatte es sogar das Zentralkomitee des Weltkirchenrates für tragbar erachtet, einer Einladung der kommunistisch gleichgeschalteten

Kirchenleitung des ungarischen Protestantismus nach Ungarn zu folgen. Es fiel dabei auf, daß die Lutheraner, Bischof Lilje an der Spitze, das nicht bedingungslos taten; vielmehr forderten sie entschieden die vollständige Rehabilitierung des einstigen lutherischen Primas von Ungarn und Vizepräsidenten des Lutherischen Weltbundes Ordasz. Bischof Ordasz, der das Schicksal des Kardinals Mindszenti geteilt hatte,

wurde dann auch in Amt und Würden zurückgerufen. Nichtsdestoweniger waren die Vertreter des Ökumenischen Rates Gäste jener umstrittenen, ja zweifelhaften kirchenleitenden Figuren, vor allem eines Deszery, aber auch eines Vetö, sowie der besonders betrüblichen Erscheinung des ehemaligen reformierten Bischofs Petër — sein Mitbischof Beretzky scheint kein so eindeutiger Fall zu sein —, gegen die sich bereits eine Bekennende Kirche erhoben hatte. Wenige Wochen, nachdem sich die Männer des Ökumenischen Rates mit ihnen zu Tisch gesetzt hatten, wurden die protestantischen Kryptobischöfe des wankenden sowjet-ungarischen Systems von ihren Gemeindegliedern aus den Ämtern gejagt. Anfängliche Bemühungen der Regierung Kadar, diese Akte kirchlicher Selbstreinigung wieder rückgängig zu machen, scheint man aufgegeben zu haben. Bischof Ordasz hat weiterhin die Gesamtleitung der Lutherischen Kirche Ungarns. Er wird von dem am 3. November 1956 an die Stelle von Deszery getretenen Bischof Turoczy unterstützt, der ebenfalls im Zuchthaus gesessen hatte. Kadar aber hat den einer Pfeilkreuzler-Vergangenheit verdächtigen Deszery mit einer Anstellung bei Radio Budapest belohnt, und Exbischof Petër wurde zum Vorsitzenden des staatlichen „Instituts für kulturelle Bemühungen“ ernannt. Das kommunistische Regime weiß offenbar, was es seinen bischöflichen Schützlingen zu verdanken hat.

Es liegen also recht desillusionierende Erfahrungen für jene westdeutschen Schwärmertheologen vor, die bei ihrer Rußlandreise im Jahre 1955 die Dinge so dargestellt hatten, als ob es mit den Kirchen dort im Grunde ganz gut ginge. Der Enthusiasmus jener evangelischen Moskaupilger, die sich auch in Prag und anderen Orts hinter dem Eisernen Vorhang ein wenig zu entgegenkommend gezeigt hatten, schmilzt dahin. Man greift sich an den Kopf, wenn man heute noch einmal jene hymnischen Reiseberichte nachliest, die in den beiden letzten Jahren in kirchlichen und weltlichen Blättern publiziert worden sind, und mit denen man einen rheinisch-sowjetischen Theologenaustausch vorbereitet hatte, der in diesen Jahren in Gang gesetzt werden sollte. Heute ist es glücklicherweise darum etwas stiller geworden. Man dämpft die Zusammenarbeit. Und wo man früher fast jubelnd zustimmte, kann man heute Hemmungen und eine bisher unge wohnte Zurückhaltung feststellen.

So hat der westfälische Präses Wilm die für ihn und einige Männer seiner Kirche, darunter den aus der Versenkung seines oldenburgischen Debakels leider sehr früh wieder aufgetauchten Oberkirchenrat Kloppenburg, vorgesehene böhmische Reise „angesichts der Gesamtsituation“ vorerst abgesagt. Eine Begegnung mit dem tschechischen Pseudotheologen Hromadka, der sich in seiner jüngsten theologischen Schrift in kaum noch zu überbietender Weise kirchlich kompromittiert hat, wäre für einen Theologen, der nur ein wenig auf sich hält, ohnehin wenig ratsam gewesen. Dem Faß den Boden ausgeschlagen aber hat Alexius, „Patriarch von Moskau und ganz Rußland“, mit seinem Antwortschreiben an die Präses Held, Düsseldorf, und Wilm, Bielefeld. Die beiden Leiter der größten Unionskirchen der Bundesrepublik hatten sich, aufgeschreckt durch das brutale Vorgehen der Roten Armee in Ungarn, schriftlich an den Moskauer Patriarchen gewandt. Ihre Bitte ging dahin: das Haupt der russisch-orthodoxen Kirche möge bei seiner Regierung wegen der Deportation ungarischer Staatsbürger intervenieren. Daß Alexius sich dabei die Beine ausreißen würde, hatten die Briefschreiber sicher nicht angenommen. Daß aber der Antwortbrief des kirchlichen Exekutivsekretärs des Sowjetregimes so ausfallen würde, dürfte in Bielefeld und Düsseldorf — vielleicht auch in Darmstadt — den Des-

illusionierungsprozeß kräftig gefördert haben. Steht doch in diesem Moskauer Schreiben wörtlich folgendes:

„Geliebte Brüder im Herrn, . . . Ihr fordert uns auf, zu einer Eingabe an unsere Regierung bezüglich der Einstellung von Deportationen ungarischer Staatsangehöriger in die UdSSR, sofern dies zutrifft. Diese Eure Bitte erklären wir uns als eine Euch zugeleitete unrichtige Information und fühlen uns verpflichtet, Euch hinzuweisen auf die mehrmaligen offiziellen Erklärungen der Sowjet-Delegation auf der XI. UNO-Vollversammlung betreffs unbegründeten Anschuldigungen gegen die Sowjetunion bezüglich der Anwendung unmenschlicher Maßnahmen . . .“

Schon stilistisch wird hier deutlich, wer dem Patriarchen Alexius da wohl die Feder geführt haben mag. Daß Alexius aber nicht zu wissen vorgibt, was selbst amtliche sowjet-ungarische Stellen öffentlich zugegeben haben: nämlich daß solche Deportationen unzweifelhaft erfolgt sind, muß in Erstaunen versetzen. Im übrigen liegen durchaus zuverlässige Augenzeugenberichte aus Kreisen ungarischer Eisenbahner vor, die solche Deportationszüge selbst gesehen haben. In einem Falle ist ein solcher Zug von ungarischen Freiheitskämpfern aufgehalten worden, die den für sibirische Straflager vorgesehenen Opfern zur Flucht verhelfen.

Noch deutlicher ist der Moskauer Patriarch in seiner an die orthodoxen Gläubigen gerichteten Neujahrsbotschaft geworden. Mit unbekümmerter Naivität und entwaffnender Offenherzigkeit bringt er dort, fast im allbekannten Kreml-Jargon, die sowjetischen Propagandathesen vor und behauptet, daß das „Friedenslager“ wieder einmal das Opfer „imperialistischer Kriegshetzer“ geworden sei. „Doch die Mächte“, so heißt es, „die die Herrschaft der Welt erstreben, setzen ihre zerstörende Tätigkeit fort . . .“ Das habe sich in Ägypten gezeigt und in „Ungarn unternahmen volksfeindliche Kräfte den Versuch, das friedliche Leben zu stören, und bedrohten die Weltlage mit den größten Verwicklungen“. Und an anderer Stelle seiner Botschaft, die in allen Kirchen verlesen wurde, sagt Alexius:

„Zugleich muß festgestellt werden, daß, zum größten Bedauern, einige ausländische hohe geistliche Würdenträger, die anscheinend über die Ereignisse in Ungarn unrichtig unterrichtet waren, sich an uns mit dem Ersuchen gewandt haben, auf unsere Regierung im Sinne eines Verzichtes auf eine Unterstützung des ungarischen Volkes in dessen Kampf gegen Unruhestifter, die bestrebt waren, Ungarn in einen unvermeidlichen Brandherd eines neuen Weltkrieges zu verwandeln, einzuwirken.“

Bei solchen Argumenten lohnt es sich kaum, Brief und Botschaft noch als kirchliche Angelegenheit anzusehen. Wo der politische Mißbrauch der Kirche solche Ausmaße angenommen hat, bleibt im Grunde nur bestürztes Schweigen. Es beginnen jetzt sogar die unkritischsten Mitläufer einer kirchlichen Anbiederungspolitik an die häretischen Kirchen des Sowjetbereiches leiser zu treten. Der Bonner Theologe Iwand hat es allerdings für tragbar gehalten, just in den Tagen, als der ungarische Freiheitskampf seine tragische Wendung nahm, in der Ostberliner Universität mit jenen friedensrätlichen Deklamationen aufzuwarten, die dem kommunistisch gesteuerten Teil der Welt entstammen und die, mit der blutigen Wirklichkeit von heute konfrontiert, ungläubhafter sind denn je.

Professor Iwand lehrt in Bonn. Die bisweilen fanatisch übersteigerte „politische Theologie“, die unter seinem offiziellen Einfluß im Bereich der Bonner evangelisch-theologischen Fakultät umgeht, sollte von evangelischen Christen, die ihre Kirche liebhaben und um ihren theologischen Nachwuchs bangen, aufmerk-

offensichtlichen

sam beobachtet werden. Vielleicht darf man in diesem Zusammenhang die Hoffnung hegen, daß Helmut Gollwitzer, der doch einen Namen zu verlieren hat, nach Aufgabe seines Bonner Lehrstuhls und Eintritt in den Lehrkörper der Kirchlichen Hochschule in Westberlin in der nüchternen Luft dieser Frontstadt der politischen Wirklichkeit wieder näherrückt.

Die Demaskierung Moskaus auf dem ungarischen Schlachtfelde, die zugleich eine Demaskierung der gleichgeschalteten Kirchenregime aller Konfessionen war, hat also vor allem dort seine Auswirkungen, wo man in kirchlichen Kreisen die Kraft der Unterscheidung verloren hatte. Manche werden nun besser erkennen, daß es sich bei den Kirchenleitungen in den Ostblockstaaten in der Tat vielfach nur noch um verlängerte Arme der kommunistischen Regierungen handelt. Man versteht daher gut, daß beispielsweise die lutherischen Bischöfe Dänemarks ihre Einladung an das Moskauer Patriarchat „mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage“ zurückgezogen haben. Auch die orthodoxen Kollaborateure des Kremls selbst scheinen im Augenblick die Lust verloren zu haben, westlichen Kirchenmännern zu begegnen. Sie haben daher das offizielle Treffen, das sie Ende Januar in Paris mit Vertretern des Genfer Ökumenischen Rates zusammen führen sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben. Begründet wird dieser Schritt damit, daß noch eine längere Vorbereitungszeit benötigt werde.

Die allseitige Verlegenheit ist groß. Sie kommt aber nicht zuletzt auch dem Ökumenischen Rat zugute, der damit Raum für eine erneute Durchdenkung des ganzen Fragenkomplexes seiner Beziehungen zu den Kirchenleitungen des sowjetischen Machtbereiches gewinnt. Die Ereignisse zeigen, daß Männer wie Assmussen, der frühzeitig gewarnt hat, recht haben. Assmussen hat bekanntlich seine Mitarbeit im Ökumenischen Rate seinerzeit eingestellt, weil er dessen Tendenzen, vor allem im Blick auf die Kirchen des Sowjetbereiches, nicht mitverantworten wollte. Er hat schon immer behauptet, daß gewisse führende Männer der Kirchen jenes Bereiches nicht mehr Kirche seien. Es scheint eine unaufschiebbare theologische Aufgabe zu sein, den von Ungarn her gegebenen Stop in den kirchlichen Ost-West-Beziehungen zu einer sorgfältigen Überprüfung aller dieser Zusammenhänge zu nutzen — denn falsch verstandene Liebe, die mit den kirchlichen Wahrheiten lässig umgeht, muß in den Untiefen des Irrtums enden. So wäre auch eine Antwort auf die Frage zu suchen, ob und in welchem Umfange jene Kirchen nach Lehre und Wandel häretischer Natur sind, nicht zuletzt deshalb, weil sie in ihrer Verstrickung in politische und ideologische Diesseitigkeiten den Auftrag der Kirche: Mund und Arm der Entrechteten, Geknechteten, der Mühseligen und Beladenen zu sein, oft gründlich verfehlen. Es wäre weiter zu untersuchen, ob bündig behauptet werden darf, daß die Führungsmannschaft des Kremls eine Verkörperung dessen ist, was Martin Luther „tyrannus gene-

ralis“ oder „universalis“ genannt hat. Und schließlich sollte im westlichen Protestantismus darüber nachgedacht werden, ob sich nicht in einem ganz verhängnisvollen Maße schuldig macht, wer die Grenzen des Kirchlichen und Politischen so leichtfertig und unbekümmert und für die Gemeinde so ärgerlich verwischt, wie es jene tun, die den verderblichen Ausstrahlungen der moskowitzischen Pseudoreligion nicht den gebotenen Widerstand zu leisten vermögen.

Ungarn, und die Krisenerscheinungen in den anderen Satellitenstaaten und in der UdSSR geben ihnen wie allen Christen im Westen noch einmal eine Atempause. Sie sollte genutzt werden, um die auch im Westen vielfach aus den Fugen geratenen kirchlichen Positionen wieder an den Maßstäben zu messen, die vom Herrn der Kirche her heute wie gestern und morgen verbindlich sind.

L. D.

CHRIST UND WAFFENTRÄGER

„Es muß einmal gesagt werden, daß man als evangelischer Christ auch Waffenträger seines Volkes sein kann und sein darf“, sagte der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, D. Held, bei dem ersten Gottesdienst einer evangelischen Soldatengemeinde in der Düsseldorfer Johanneskirche. Dieser Gottesdienst, so erklärte D. Held in seiner Predigt, solle ein öffentliches Zeichen dafür sein, daß evangelischer Christenstand und Soldatenstand nicht gegeneinander stünden. Die Frage sei nicht, ob, sondern wie man als evangelischer Christ Soldat sein könne. Der Dienst des Soldaten in unserer Zeit solle sachgemäß sein; er müsse das Leben des Volkes schützen und der Erhaltung seiner Ordnung nach innen und außen dienen.

EINE SCHRIFT, DIE WIR EMPFEHLEN

In diesen Tagen, in denen die Diskussion um die Wehrfragen und -gesetze in der Öffentlichkeit einen breiten Raum einnimmt und zahllose Menschen unseres Volkes aufs tiefste bewegt, dürfte ein Heft, das unter dem Titel „Friedens- und Wehrbereitschaft der Christen“ im Kreuz-Verlag, Stuttgart, erschien (23 Seiten, DM 1,—), große Beachtung finden.

Die Schrift, von dem bekannten Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, D. Dr. Eberhard Müller, verfaßt, untersucht nüchtern die Irrtümer, die sowohl mit der „militaristischen“ wie der „pazifistischen Verharmlosung des Krieges“ begangen werden, behandelt die „radikalen Forderungen Gottes“ und spricht endlich von den „Mitteln gegen den Krieg“.

Wir möchten wünschen, daß alle diejenigen, die sich heute und in den kommenden Wochen und Monaten mit diesen Fragen beschäftigen, zuvor ernsthaft diese Schrift studieren. Sie enthält bei aller Knappheit doch eine überaus gründliche und klare Übersicht und zeichnet sich gegenüber allen schwärmerischen Entstellungen durch die Nüchternheit der Beurteilung aus, die dem Christen geboten ist.

F. K.

Walzen und Hartguß bis 18t Stückgewicht
liefert in weltbekannter Güte

Herm. IRLE Gesellschaft

mit beschränkter Haftung

Deuz (Krs. Siegen i. W.)